



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ein Jahr vor den Wahlen 3

Interview mit Nationalrat Albert Rösti



Selbstbestimmung 4-5

Warum Schweizer Recht vor fremdem Recht Vorrang haben muss



Sprachenstreit 13

Kantonale Schulhoheit beibehalten



**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten

T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

Jetzt abstimmen!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

1

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. September 2014

Wollen Sie die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» annehmen?	Antwort Ja
---	---

2

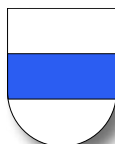
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. September 2014

Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» annehmen?	Antwort Nein
--	---

Am 28. September stimmen wir über zwei Volksinitiativen ab. Mit einem JA zur Gastro-Initiative („Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes“) unterstützen Sie die Restaurantbetriebe, welche bekanntlich unter einem massiven Preisdruck stehen und gegenüber den Take-Aways heute steuerlich benachteiligt werden.

Mit einem NEIN zur öffentlichen Krankenkasse (Einheitskasse) sagen Sie Nein zu einem sozialistischen Experiment, welches die Gesundheitsversorgung für alle verschlechtern und die Krankenkassenprämien in die Höhe treiben würde. Ein Blick nach Grossbritannien, Frankreich und Italien genügt, um die Täuschung der Initianten zu durchschauen.

Delegiertenversammlung vom 23.8.2014 in Unterägeri



An die 400 Delegierte und über 100 Gäste haben sich nach Unterägeri aufgemacht.

Sie haben die Parolen für den 28. September gefasst:

- **NEIN** zur Einheitskasse (354 zu 9)
- **JA** zur Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes“ (357 zu 1)



Nationalrat Thomas Aeschi hat den Delegierten die Ablehnung zur Ecopop-Initiative empfohlen. Sie folgten ihm mit 298 zu 80 Stimmen.



Vielen Dank an Thomas Werner und seinem Team für die grossartige Organisation.

Den Letzten beissen die Hunde



Das Asylchaos wird immer unerträglicher. Leidtragende der Politik von Bundesrätin Sommaruga sind die Gemeinden, denen immer grössere Lasten auferlegt werden und am Schluss die gesamte Schweizer Bevölkerung.

Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Monaten massiv angestiegen. Die ungelösten Probleme im Schweizer Asylwesen werden immer gravierender. Dies ist eine direkte Folge des Schengen/Dublin-Vertrages. Er ist ein Papiertiger. Ganz Europa ist mit den Asylströmen überfordert. Statt Flüchtlingslager vor Ort zu unterstützen, schieben sich die europäischen Staaten Wirtschaftsmigranten hin und her und verwalten ein nicht funktionierendes System. EU-Südstaaten, insbesondere Italien, halten sich in keiner Weise an ihre Verpflichtungen gemäss Dublin-Abkommen. Noch schlimmer: Italienische Beamte drücken Asylbewerber, die aufgrund des Dublin-Abkommens von der Schweiz nach Italien zurückgeschickt werden, unmittelbar nach Ankunft am Flughafen ein Dokument in die Hand, mit welchem sie unter Androhung einer Gefängnisstrafe aufgefordert werden, das Land innert weniger Tage zu verlassen. Somit wandern diese direkt in die Schweiz zurück.

Bei der Volksabstimmung über die Änderungen des Asylgesetzes im letzten Jahr wurde versprochen, dass Wehrdienstverweigerer aus Eritrea ausdrücklich von der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen werden. Dieses Volksverdict wird von Frau Sommaruga missachtet. Die Anerkennungsquote bei Personen aus Eritrea in den ersten sieben Monaten 2014 liegt bei übermässig hohen 60%. Die Gemeinden müssen früher oder später die Lasten dieser fahrlässigen Politik über ihre Sozialhilfe tragen. Hochgerechnet auf die ganze Schweiz entstehen so über die Jahre hinweg Milliardenkosten für den Steuerzahler. Die Sozialhilfequote bei Eritreern tendiert nämlich gegen 100%.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

„Wir wollen einen inhaltlichen Wahlkampf führen.“

Interview mit Nationalrat Albert Rösti, SVP-Wahlkampfleiter Deutsche Schweiz

SVP-Klartext: Albert Rösti, warum haben Sie die Aufgabe des Wahlkampfleiters angenommen?

Albert Rösti: Mit der Aufgabe kann ich einen Beitrag leisten, dass die Grundwerte der SVP für eine unabhängige und sichere Schweiz noch besser umgesetzt werden. Ich bin dafür top motiviert, stehe aber der damit verbundenen Verantwortung mit Respekt gegenüber.

«Viele Leute sagen: „Die machen ja in Bern sowieso, was sie wollen“. Wir müssen diese Leute überzeugen, dass nicht nur Abstimmungen wichtig sind, sondern auch die Wahlen.»

ALBERT RÖSTI

Welchen Wähleranteil möchte die SVP 2015 erreichen?

Mit aktuell 26.6 % Wähleranteil ist die SVP bereits heute die mit Abstand stärkste Partei. Um unsere Ziele zu erreichen, u.a. die parlamentarische Umsetzung der gewonnenen Volksabstimmungen zur Ausschaffung krimineller Ausländer und zur Steuerung der Einwanderung wollen wir stärker werden und zusätzliche Mandate gewinnen. Dies ist bei der grossen Anzahl Parteien in der Mitte eine sehr grosse Herausforderung und gelingt nur, wenn alle Kräfte der Partei in allen Kantonen einen sehr aktiven Wahlkampf betreiben.

In welchen Bevölkerungsgruppen haben wir die grösste Wachstumschancen?

Bei uns ist der Anteil Personen, die unsere Werte vertreten, aber nicht wählen gehen, sehr gross. Diese Tendenz wird noch verstärkt, wenn gewonnene Volksabstimmungen nicht in nützlicher Frist umgesetzt werden. Viele Leute sagen dann: „Die machen ja in Bern sowieso, was sie wollen“. Wir müssen diese Leute überzeugen, dass nicht nur Abstimm-

mungen wichtig sind, sondern auch die Wahlen, weil wir mit mehr Mandaten im Parlament, besser zur Umsetzung des Volkswillens beitragen können.

Wie können wir mehr Städter und Akademiker für uns gewinnen?

Erstens mit klaren Inhalten: Wir wollen einen inhaltlichen Wahlkampf führen. Gerade Akademiker wissen, dass der Wohlstand der Schweiz auf den Werten der Souveränität, Stabilität und Sicherheit, der direkten Demokratie, der bewaffneten Neutralität, des Föderalismus sowie einer liberalen Wirtschaftsordnung mit tiefen Steuern und Abgaben basiert. Zweitens mit einem modernen Wahlkampf: Unter dem Motto „SVP bi dä Lüt“ lancieren wir in Agglomerationen und Städten originelle Aktionen und zeigen, dass wir mit unserem Programm, z.B. der Arbeit gegen die Masseneinwanderung, besonders auch die Herausforderungen der Städte thematisieren.

Warum lanciert die SVP immer wieder Volksinitiativen?

Parlament und Bundesrat politisieren heute oft Mitte – Links. Wir stellen fest, dass die Mehrheitsmeinung im Volk anders ist. Um dieser Mehrheit zum Durchbruch zu verhelfen, nutzen wir die Instrumente der direkten Demokratie, die in unserem Land bisher den Wohlstand gesichert haben. Im Moment arbeiten wir an der Vorlage, die Schweizer Recht vor fremdes Recht setzen will, ohne allerdings das zwingende Völkerrecht wie z.B. Folter oder Sklaverei anzutasten. Die nächste Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 25. Oktober 2014 wird sich speziell dieser Thematik widmen.



4 Volksrechte

Was Volk und Stände beschlossen haben, das gilt und muss umgesetzt werden

Da gibt die SVP bekannt, dass sie eine Volksinitiative „zur Umsetzung von Volksentscheiden – Schweizer Recht geht fremdem Recht vor“ lancieren will, und die Politiker, die Journalisten und die Experten und Berater verlieren den Kopf (statt den Text der Initiative zu lesen): „Die SVP will das Land umbauen“ (Michael Hermann im Tages-Anzeiger vom 18.8.2014), ihre Pläne sind „brandgefährlich“ (FDP-Präsident Philipp Müller). Was ist geschehen?

von Kantonsrat Prof. Hans-Ueli Vogt, Zürich (ZH)

Immer wieder sind in den vergangenen Jahren Volksinitiativen in Abstimmungen angenommen, dann aber erst nach langem Hin und Her oder bis jetzt überhaupt nicht umgesetzt worden. Begründung:

Das, was Volk und Stände beschlossen haben, widerspricht dem Völkerrecht.

So geschehen etwa nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative, der

Verwahrungsinitiative oder der Masseneinwanderungsinitiative. Es geht um Widersprüche zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und ihrer Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), aber auch (im Fall der Masseneinwanderungsinitiative) zum Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU.

Damit sind wir bei der Frage, um die es bei der SVP-Initiative geht: Wer be-

stimmt, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt? Aus Sicht der SVP und nach dem bis noch vor etwa 20 Jahren herrschenden Verfassungsverständnis sind es Volk und Stände. Jene, die gegen die

«Die SVP möchte darum in der Verfassung festschreiben, dass die Verfassung zuoberst in der Rechtsordnung steht. Sie will damit den Umbau, der in den letzten Jahren langsam und heimlich, aber gezielt vorangetrieben wurde, rückgängig machen.»

SVP und ihre Initiative mobil machen, wollen, dass das Völkerrecht über dem Schweizer Recht steht. Die SVP möchte darum in der Verfassung festschreiben, dass die Verfassung zuoberst in der Rechtsordnung steht. „Die SVP will das Land umbauen“? Nein, sie will den Umbau, der in den letzten Jahren langsam und heimlich, aber gezielt vorangetrieben wurde, rückgängig machen.

Gegen das Völkerrecht?

„Die SVP ist gegen das Völkerrecht!“,

heisst es vorwurfsvoll, als würde eine göttliche Ordnung in Frage gestellt. Das Völkerrecht gründet vor allem auf Verträgen zwischen Staaten. Durch solche Verträge werden oft internationale Be-

HANS-UELI VOGT

höörden oder Organisationen eingesetzt, und diese schaffen dann ihrerseits neues Völkerrecht (Richtlinien, Chartas, Pakte, Empfehlungen, Urteile, graue

Listen, schwarze Listen usw.). Dieses Völkerrecht betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, von der Bankenregulierung über den Umweltschutz bis zur Suizidhilfe.

Wer steckt hinter dieser Parallelrechtsordnung? Nun, kein Gott. Es sind, wenn man das Völkerrecht der internationalen Behörden und Organisationen anschaut, vor allem Funktionäre, Experten und Richter. Fern von einer demokratischen Kontrolle und einer finanziellen Verantwortung treiben sie die Globalisierung der Politik und des Rechts voran und stärken so ihren eigenen Einfluss. Der Vorrang der Bundesverfassung gegenüber dem Völkerrecht bedeutet vor diesem Hintergrund, dass die unaufhaltsame Produktion von Völkerrecht die demokratischen Mitwirkungsrechte der Schweizer Bürger nicht aushöhlen darf. Die Urteile des EGMR dürfen die Schweiz nicht daran hindern, die Ausschaffungsinitiative umzusetzen, und es darf mit der EU kein Abkommen abgeschlossen werden, das der Masseneinwanderungsinitiative widerspricht.

Zur Person

Hans-Ueli Vogt

Uniprofessor, Aktienrechtsspezialist, Rechtsanwalt



Hans-Ueli Vogt ist in Illnau aufgewachsen und wohnt heute in Zürich. Er studierte an der Universität Zürich und in New York; hier wie dort besitzt er eine Anwaltszulassung. Seit 2003 ist er Professor für Handels-, Wirtschafts- und Immaterialgüterrecht an der Universität Zürich.

Seit 2011 ist er Kantonsrat der SVP im Kanton Zürich.



Kantonsrat Hans-Ueli Vogt leitet die Arbeitsgruppe zur neuen Volksinitiative „Schweizer Recht vor fremdem Recht“.

Gegen die Menschenrechte?

„Die SVP will die Menschenrechte abschaffen!“, wird behauptet. Dabei schützt unsere eigene, von Volk und Ständen beschlossene Bundesverfassung die Menschenrechte. Die Schweiz braucht kein Völkerrecht und kein ausländisches Gericht, um die Menschenrechte der Menschen in diesem Land zu schützen.

Davon abgesehen muss auch über die Menschenrechte eine von der Vernunft geleitete Diskussion möglich sein. Im Namen der „Menschenrechte“ fällt der EGMR schwer nachvollziehbare Urteile und werden fragwürdige politische Forderungen aufgestellt (Recht auf Bildung usw.). Was genau sich aus den Menschenrechten ergibt – wie etwa das Recht eines verurteilten kriminellen Ausländers, mit seinen Kindern in der Schweiz zusammenzuleben, gegen die

öffentliche Sicherheit abgewogen wird –, das soll die Schweiz selber entscheiden.

Das Volk über alles?

„Die SVP stellt das Volk über alles!“, wird schliesslich kritisiert. Die dahinter stehende Angst vor dem Volk ist unbegründet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass

«Unsere eigene, von Volk und Ständen beschlossene Bundesverfassung schützt die Menschenrechte schon lange.»

HANS-UELI VOGT

das Schweizer Volk umsichtig und weise entscheidet. Die Menschen haben ein Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen, oft auch für Fehlentwicklungen, die der politische Mainstream aus

Gründen der Political Correctness nicht ansprechen darf (zum Beispiel in den Bereichen Religion und im Umgang mit Straftätern). Die Menschen sorgen sich um das Wohl ihrer Kinder und Grosskinder und entscheiden darum weitsichtiger als Politiker, die an ihre Wiederwahl denken. Und die Menschen nehmen Rücksicht auf Minderheiten, weil sie mit ihnen im Alltag zusammenleben und fast jeder in der einen oder anderen Hinsicht zu einer Minderheit gehört. Das Volk ist nicht unfehlbar, aber es ist für die grundlegenden Entscheide, die im Staat zu treffen sind, der beste Entscheidungsträger.

Mit der „Volksinitiative zur Umsetzung von Volksentscheiden – Schweizer Recht geht fremdem Recht vor“ soll darum sichergestellt werden, dass das, was Volk und Stände beschlossen haben, gilt und umgesetzt wird.

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Bundesparlamentarier persönlich :



Kanton Aargau



Nationalrätin Flückiger Sylvia
26. September, 19.30 Uhr
Rest. Schlossgarten, Dorfstr. 3, Schöftland



Nationalrat Reimann Maximilian
26. September, 20.00 Uhr
Gasthof Adler in Gipf-Oberfrick



Nationalrat Giezendanner Ulrich
27. September, 11.00 Uhr
Tägerhard Wettingen



Nationalrat Stamm Luzi
27. September, 11.00 Uhr
Tägerhard Wettingen



Nationalrat Killer Hans
29. September, 19.30 Uhr
Rest. Waldhaus Gehren, Erlinsbach



Nationalrat Giezendanner Ulrich
27. September, 11.00 Uhr
Tägerhard Wettingen



Kanton Bern



Nationalrat Aebi Andreas
4. November, 20.00 Uhr
Rest. Aareschlucht, Meiringen



Nationalrat Amstutz Adrian
21. Oktober, 20.00 Uhr
Rest. „Zu Metzger“, Thun

11. November, 20.00 Uhr
Kirchgemeindesaal, Konolfingen



Nationalrat Joder Rudolf
11. September, 20.00 Uhr
Rest. Löwen, Oberdiessbach

18. September, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle, St. Stephan



Nationalrat Röstli Albert
21. Oktober, 20.00 Uhr
Lenk i. S.



Nationalrat von Siebenthal Erich
21. Oktober, 20.00 Uhr
Lenk i. S.



Nationalrätin Pieren Nadja
6. Oktober, 20.00 Uhr
Ochsen Lützelflüh

22. Oktober, 19.30 Uhr
Rest. St. Jakob, Wünnewil (FR)

28. November, am Abend
Weihnachtsmärit Konolfingen



Nationalrätin Geissbühler Andrea
Kein Anlass



Nationalrat Wandfluh Hansruedi
Kein Anlass



Kanton Basel-Landschaft



Nationalrat de Courten Thomas
23. September 19.30 Uhr
Rest. Schällenursli, 4102 Binningen



Nationalrat Miesch Christian
23. September 19.30 Uhr
Rest. Schällenursli, 4102 Binningen



Kanton Basel-Stadt



Nationalrat Frehner Sebastian
Kein Anlass



Kanton Freiburg



Nationalrat Rime Jean-François
Kein Anlass



Kanton Genéve



Nationalrätin Amaudruz Céline
19. September, 19.30 Uhr
Salle des Peupliers, Thonex



Nationalrat Nidegger Yves
30. September, 19.00 Uhr
Rest. El Pueblo, 75 rue de Lyon, Genève



Kanton Glarus



Ständerat Hösli Werner
Kein Anlass



Kanton Graubünden



Nationalrat Brand Heinz
2. Oktober, 20.00 Uhr
Rest. Bahnhof, Küblis



Kanton Luzern



Nationalrätin Estermann Yvette
26. September, 20.00 Uhr
Rest. Obernau, Kriens/Obernau



Nationalrat Müri Felix
8. Oktober, 20.00 Uhr
Rest. Sonne, Emmenbrücke



Kanton Neuchâtel



Nationalrat Clottu Raymond
20. September, 09.00 Uhr
Place du marché, La Chaux-de-Fonds



Kanton Nidwalden



Nationalrat Keller Peter
27. September, 09.30 Uhr
Hotel Engel, Stans

Kanton St. Gallen

 Nationalrat Brunner Toni
28. September, 11.00 Uhr
Haus der Freiheit, Ebnet-Kappel

 Nationalrat Büchel Roland Rino
4. September, 19.30 Uhr
Hotel Engel, Au

26. September, 19.30 Uhr
Dorf, Oberriet-Kobelwald

 Nationalrat Müller Thomas
30. September, 20.00 Uhr
Seerestaurant Rorschach, 1. OG

 Nationalräte Müller Thomas
und Reimann Lukas
2. Oktober, 20.00 Uhr
Café Kollers, Gossau

Kanton Schaffhausen

 Nationalrat Hurter Thomas
26. September, 19.00 Uhr
Restaurant Reiatstübl in Opfertshofen

 Ständerat Germann Hannes
26. September, 19.00 Uhr
Restaurant Reiatstübl in Opfertshofen

Kanton Solothurn

 Nationalrat Borer Roland
26. September, 19.00 Uhr
Restaurant Boccilino, Schulhausstr. 2,
4528 Zuchwil

 Nationalrat Wobmann Walter
26. September, 19.00 Uhr
Restaurant Boccilino, Schulhausstr. 2,
4528 Zuchwil

Kanton Schwyz

 Nationalrat Schwander Pirmin
23. September, 19.00 Uhr
Rest. Distel, Rothenturm

 Ständerat Föhn Peter
Kein Anlass

 Ständerat Kuprecht Alex
Kein Anlass

Kanton Thurgau

 Ständerat Eberle Roland
1. Oktober, 20.00 Uhr
Hotel Metropol, Arbon

 Nationalrat Hausammann Markus
2. Oktober, 20.00 Uhr
Rest. Traube, Müllheim Dorf

 Nationalrätin Herzog Verena
30. September, 19.30 Uhr
Salenstein im BBZ-Arenenberg

1. Oktober, 20.00 Uhr
Hotel Metropol, Arbon

 Nationalrat Walter Hansjörg
1. Oktober, 20.00 Uhr
Hotel Metropol, Arbon

2. Oktober, 20.00 Uhr
Rest. Traube, Müllheim Dorf

13. Oktober, 13.00 Uhr
Hotel Schwanen, 9500 Wil (SG)

Kanton Tessin

 Nationalrat Rusconi Pierre
14. Oktober, 20.15 Uhr
Rest. Alla Bricola, Rivera

Kanton Waadt

 Nationalrat Veillon Pierre-François
Kein Anlass

 Nationalrat Bugnon André
23. Oktober, 20.00 Uhr
Salle de Montelly, 1196 Gland

 Nationalrat Grin Jean-Pierre
23. Oktober, 20.00 Uhr
Salle de Montelly, 1196 Gland

 Nationalrat Parmelin Guy
23. Oktober, 20.00 Uhr
Salle de Montelly, 1196 Gland

Kanton Wallis

 Nationalrat Freysinger Oskar
16. Oktober, 19.00 Uhr
Turtmann

Kanton Zug

 Nationalrat Aeschi Thomas
29. September, 19.30 Uhr
Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham

Kanton Zürich

 Nationalrat Binder Max
Kein Anlass

 Nationalrat Fehr Hans
24. September, 20.00 Uhr
Restaurant Pflug, 8197 Rafz

 Nationalrat Mörgeli Christoph
23. Oktober, 20.00 Uhr
Hotel Höfli, Altdorf, UR

 Nationalrat Schibli Ernst
14. November, 20.00 Uhr
Wyhüsli, Dielsdorf ZH

 Nationalrat Bortoluzzi Toni
Kein Anlass

 Nationalrat Heer Alfred
Kein Anlass

 Nationalrätin Rickli Natalie
24. September, 20.00 Uhr
Restaurant Pflug, 8197 Rafz

 Nationalrat Stahl Jürg
24. September, 20.00 Uhr
Restaurant Pflug, 8197 Rafz

 Nationalrat Egloff Hans
27. September, 14.30 Uhr
Dorffest Unterengstringen, Dorfstr. 21

 Nationalrat Matter Thomas
29. September, 19.00 Uhr
Restaurant Löwen, Seestr. 595, 8706 Meilen

 Nationalrat Rutz Gregor
1. Oktober, 20.00 Uhr
Gasthaus Blume, Tösstalstr. 432, 8497 Fischenthal

SICHER DURCH DEN WINTER: DIE SUZUKI PIZ SULAI® 4x4-SONDERMOD



NEW SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4 BEREITS FÜR Fr. 26990.-

Er verbindet die Vorzüge eines Vans, eines Kombis
und eines SUVs und kombiniert sie mit Kraft und Effizienz.
Nebst vielen serienmässigen Highlights bietet er viel
Platz im Innen- und Kofferraum.

IHR PIZ SULAI® VORTEIL: Fr. 2400.-

Piz Sulai

PIZ SULAI® ZUSATZPAKET ZU JEDEM FAHRZEUG

Sichern auch Sie sich Ihr attraktives PIZ SULAI® Zusatzpaket:
Sie profitieren von bis zu Fr. 6250.- an Kundenvorteilen.

4 Winter-Komplettäder (Premium Marken-Winterreifen auf Leichtmetallfelgen),
hochwertiges PIZ SULAI® Bodenteppichset, exklusiver PIZ SULAI® Schlüssel-
anhänger, sportliche PIZ SULAI® Dekorstreifen für Motorhaube und Seitentüren
sowie hochwertige PIZ SULAI® Schneeschuhe und robuste Teleskop-Touren-
stöcke aus Aluminium.

Auf Wunsch sind sämtliche Modelle auch ohne Dekorstreifen erhältlich.



SCHWEIZER PREMIERE

ELLE BEREITS FÜR Fr. 18 990.-



NEW SWIFT PIZ SULAI® 4x4 BEREITS FÜR Fr. 18 990.-

Der kompakte Massstab seiner Klasse ist auch als trendiger Two-Tone mit Weissm Dach und zweifarbigen Rückspiegeln erhältlich. Im PIZ SULAI® Paket sind zusätzlich ein LED-Tagfahrlicht und Nebelscheinwerfer inklusive.

IHR PIZ SULAI® VORTEIL: Fr. 2 800.-

NEW SX4 PIZ SULAI® 4x4 BEREITS FÜR Fr. 22 990.-

Der Allrounder für die City und die Berge. Sein PIZ SULAI® Paket enthält zusätzlich ein topmodernes Navigationsgerät.

IHR PIZ SULAI® VORTEIL: Fr. 6 250.-

KUNDENVORTEILE BIS ZU
Fr. 6 250.-*



Innen grösser als aussen: Dank satten 430 Litern findet hier das Gepäck der ganzen Familie Platz. Bei heruntergeklappten Rücksitzen begeistert der Crossover sogar mit 1269 Litern Kofferraumvolumen – da findet sogar ein Wurf Bernhardiner-Welpen ausreichend Platz!

Suzuki Automobile Schweiz AG unterstützt die Fondation Barry in Martigny zur Erhaltung der Original Bernhardiner Zucht.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch

als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt. Limitierte Serie. Nur solange Vorrat. New SX4 S-CROSS Piz Sulai 4x4, 5-türig, Fr. 26 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.7l/100km, CO₂-Emission: 111g/km; * New SX4 Piz Sulai 4x4, 5-türig, Fr. 22 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.5l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emission: 149g/km; Durchschnitt aller

GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

WeinKeller.sh

Herbstfest mit Weintaufe

in Gailingen beim Rheinuferpark, 20. + 21. September 2014

Samstag, 20.9. 16.20–24.00 Uhr

Degustation, Festwirtschaft, Weinbar, Live Musik, Töpfermarkt

- 15.18 Schifffahrt nach Diessenhofen
Marsch über die Rheinbrücke
mit der Stadtmusik Diessenhofen und dem MV Ramsen
- 19.30 Festakt mit Toni Brunner, SVP Präsident
- 20.30 Offizielle Weintaufe mit der Weinprinzessin vom Bodensee
- 21.00 Western Store

Sonntag, 21.9. 11.00–18.00 Uhr

- 11.00 Rebumgang für Jedermann
- 11.30 Band InTakt
- 15.00 Rauhenbergmusikanten

WeinKeller.sh, Schaffhausen
www.weinkeller.sh

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie.

Informationen erhalten Sie per E-Mail an
klartext@svp.ch

Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung!

Mit einem JA zur Volksinitiative sorgen Sie dafür, dass

- ✓ im Gastgewerbe nicht länger ein dreimal so hoher Mehrwertsteuersatz (8%) für Lebensmittel bezahlt werden muss wie in Take-Away-Betrieben (2,5%),
- ✓ Lebensmittel wie Brot und Butter nicht teurer werden,
- ✓ Sie und die täglich **2,5 Millionen Gäste**, die sich im Gastgewerbe verpflegen, nicht mehr länger einen höheren Mehrwertsteuersatz bezahlen müssen.



Am 28. September:

**Bratwurst-Diskriminierung
stoppen!
JA**

zur Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Mehr Infos unter
www.schluss-mwst-diskriminierung.ch

NEIN zur Einheitskasse!

Abstimmung vom 28. September nicht verpassen.



Serge Demuth, 33, Baden (AG),
Leiter Business Support,
Grossrat und Präsident SVP Baden

„Dank starkem Wettbewerb weisen Krankenkassen viel niedrigere Verwaltungskosten auf, als vergleichbare Monopolbetriebe. Wettbewerb zwingt zu Effizienz, der Monopolstatus zu Trägheit. Nein zur trägen Einheitskasse.“

„Dieser Systemwechsel löst kein einziges Problem, bringt den Prämienzahlern nichts, nimmt die Wahlfreiheit und gefährdet die Qualität des Schweizer Gesundheitssystems. Nein zu leeren Versprechungen.“



Lisa Zanolla-Kronenberg, 44,
Luzern (LU), Unternehmerin,
SVP-Grossstadträtin



Prof. Dr. med. Hans Gerber, 65,
Konolfingen (BE),
alt Kantonsarzt, SVP-Gemeinderat

„Wollen Sie riesigen Koordinations- und Investitionsbedarf und Verlust an Vielfalt, z.B. im Wettbewerb alternativer Versicherungs-Modelle – und alles ohne gesicherten Nutzen? NEIN zur Einheitskasse!“

„Schaut man ins Ausland, sieht man die negativen Folgen, wenn Gesundheitssysteme verstaatlicht werden: Schuldenanhäufung, Steuererhöhungen und das Kürzen von medizinischen Leistungen. Unsere Wahlfreiheit muss bestehen bleiben!“

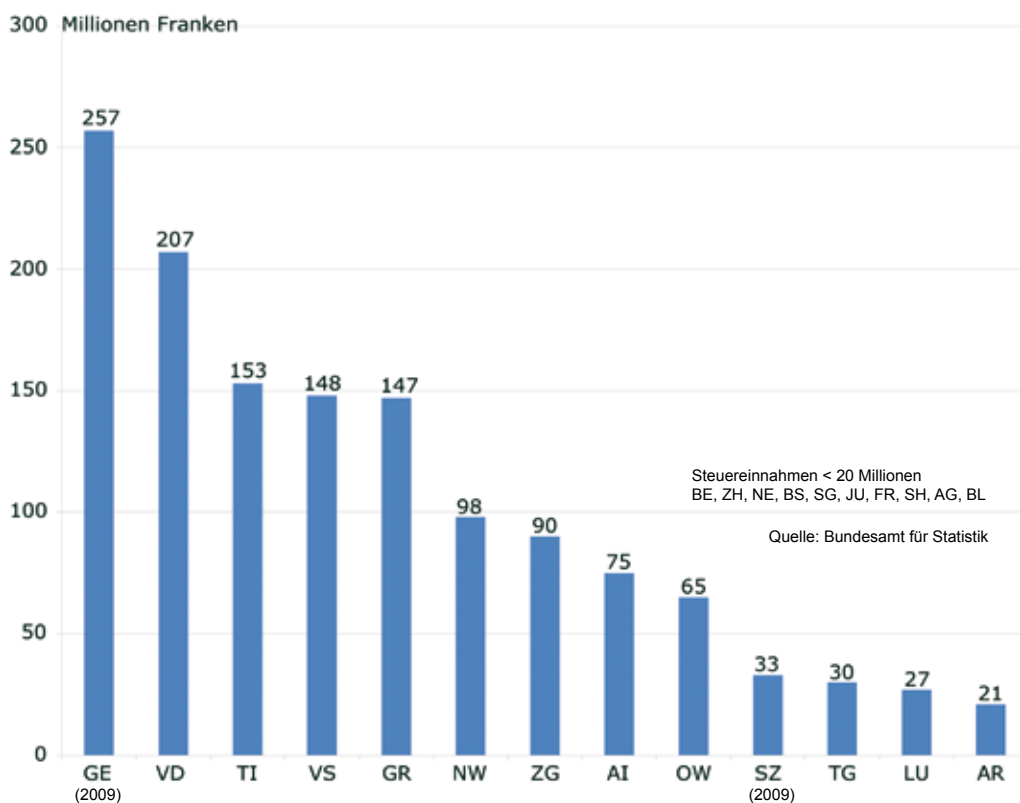


Michael Kreuzer, 25, Visp (VS),
Sozialarbeiter FH,
SVP-Gemeinderat

Der Status quo nützt allen

Der Eingriff in die kantonale Autonomie und die damit verbundenen Einnahmenausfälle sprechen klar gegen eine Annahme der Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ (Abschaffung der Pauschalbesteuerung). Über diese Volksinitiative können wir am 30. November 2014 abstimmen.

Nicht ohne Not auf 1,5 Milliarden Franken verzichten.



Steuereinnahmen im Jahr 2010 in den Kantonen und Gemeinden von Pauschalbesteuerten.

Die Pauschalbesteuerung wurde im Kanton Bern 1965 und auf Bundesebene 1990 eingeführt. Sie gibt ausländischen Staatsangehörigen, die in der Schweiz Wohnsitz haben, aber hier nicht erwerbstätig sind, das Recht, auf der Grundlage ihres Lebensaufwands besteuert zu werden. Als Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer gelten bei diesen Personen nicht das erzielte Einkommen, sondern die für die Lebenshaltung gemachten Aufwendungen.

Pauschalbesteuerung nicht nur in der Schweiz

Diese Besteuerung nach dem Aufwand ist ein Instrument zur Förderung des Steuerstandortes Schweiz. Auch das Ausland kennt ähnliche und zum Teil

weitergehende Regelungen. Aufwandbesteuerte Personen sind im Kanton Bern ein Wirtschaftsfaktor: Sie lösen hohe Investitionen und in der Regel hohe Konsumausgaben aus und sichern damit Arbeitsplätze insbesondere in den Randregionen. Dies bringt direkt und indirekt weitere Einnahmen wie Mehrwertsteuer und Grundstückgewinnsteuern.

Gegen den unnötigen Verlust von Steuersubstrat

Im Jahr 2013 wurden im Kanton Bern insgesamt 205 Personen nach Aufwand besteuert. Sie bezahlen Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern in der Höhe von 25,1 Millionen Franken. Über die gesamte Schweiz betrachtet versteuern die nach Aufwand besteuerten Perso-

nen rund 1,5 Milliarden Franken. Auf dieses Geld sollten wir in der Schweiz nicht einfach ohne Grund verzichten. Die nach Aufwand besteuerten Personen sorgen für einen vergleichsweise hohen Beitrag an Steuereinnahmen, währenddessen sie unsere Infrastrukturen, wie zum Beispiel Schulen, wenig in Anspruch nehmen. Das Berner Stimmvolk hat deshalb im vergangenen Jahr der Volksinitiative „Faire Steuern - Für Familien“, welche die Abschaffung der Pauschalbesteuerung forderte, an der Urne eine Absage erteilt und stattdessen den Gegenvorschlag des Kantonsparlamentes angenommen. Dies zeigt, dass das föderalistische System in der Schweiz zu tragfähigen Lösungen führt.

Gegen Eingriffe in den Föderalismus

Die von der Initiative verlangte Abschaffung der Pauschalbesteuerung in der ganzen Schweiz stellt hingegen einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Kantone dar. Das bernische Stimmvolk hat mit der Ablehnung der erwähnten Initiative bereits zum Ausdruck gebracht, dass es eine massvolle Verschärfung der Besteuerung nach dem Aufwand der gänzlichen Abschaffung der Pauschalbesteuerung vorzieht. Denn mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung würden gerade die Berner Randregionen eine wichtige Einnahmenquelle verlieren. Ich hoffe, dass das Schweizer Stimmvolk dem Berner Richtungsentscheid folgt und die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ im November an der Urne wuchtig verworfen wird.



von Regierungsrat
Christoph Neuhaus,
Belp (BE)

Der Kampf der Sprachen

Die Entscheidung des Thurgauer Grossrates, gefolgt vom Nidwaldner Regierungsrat, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verlegen, hat in der Romandie eingeschlagen wie eine Bombe. Dieser Aufschrei wurde östlich des Röstigrabens aber wenig verstanden, denn die Westschweizer Kritik hat vielfältige Hintergründe, auch widersprüchliche.

Es sind die Multikulturalisten, welche dem Credo anhängen, ein Maximum an Fächern und Sprachen schon in jungen Jahren zu unterrichten. Gleichzeitig bleiben sie stumm, wenn es um das Problem geht, dass die Kinder auf diese Weise, durch die Oberflächlichkeit der obligatorischen Schule, nicht einmal mehr ihre Erst- oder Muttersprache beherrschen. Thurgau und Nidwalden stel-

Spracherwerbs, ein totaler Gegensatz zur schulischen Realität.

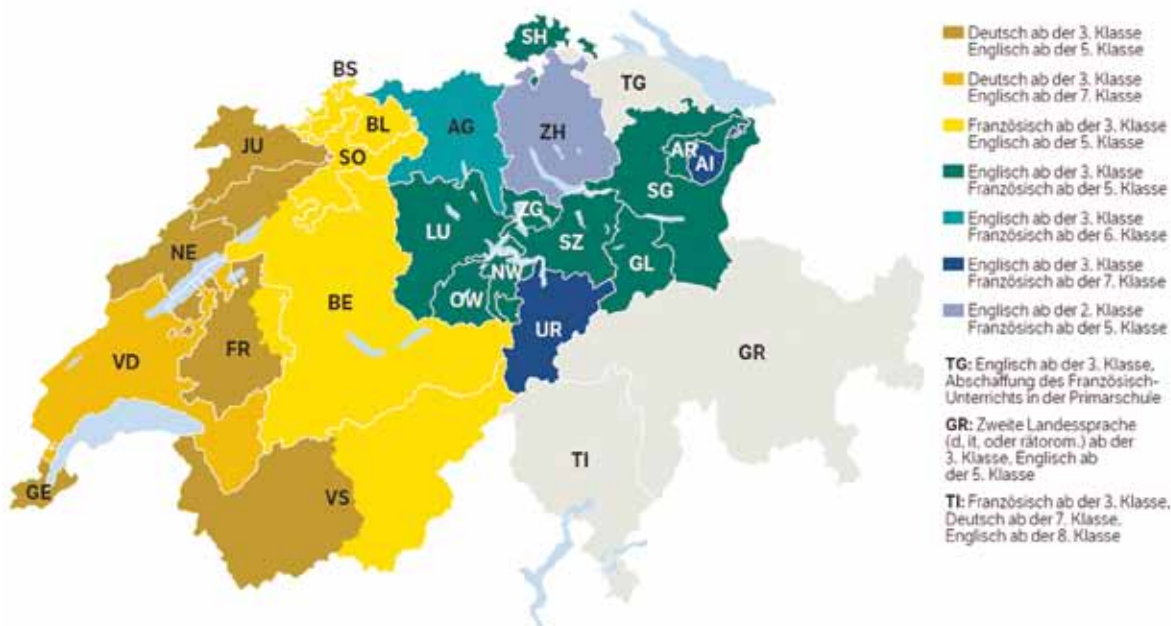
Französisch zu Gunsten des Englisch?

Es gibt aber auch jene, welche im Frühsprachen-Entscheid der beiden Kantone den Sieg der englischen Sprache über die sehr viel schwieriger erlernbare französische Sprache sehen. Sie argumentieren, dass zuerst eine im

Kulturen unseres Landes. Deshalb sollte der Französischunterricht dem Englischen vorgehen.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Französischunterricht durch einen intensiveren Unterricht auf der Sekundarstufe gefestigt wird, selbst wenn er noch mit einem Sprachaufenthalt ergänzt wird.

SPRACHUNTERRICHT IN DER OBLIGATORISCHEN SCHULE



In den Kantonen Basel-Stadt, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Schaffhausen, Solothurn und St. Gallen sind Vorstösse hängig, die den Beginn des Französischunterrichts nach hinten verschieben wollen.

QUELLE: BERICHT DER SCHWEIZERISCHEN ERZIEHUNGSDIREKTORENKONFERENZ (EDK) VON 2013

len sich auf den wissenschaftlich gestützten Standpunkt, dass die Primarschule nicht in der Lage ist, einen qualitativen Unterricht in zwei Fremdsprachen durchzuführen. Es muss daran erinnert werden, dass die deutsche Sprache für Deutschschweizer Schüler bereits eine Fremdsprache ist, genau wie das Französische in der Romandie für eine grosse Zahl von fremdsprachigen Kindern. Ausserdem sind die Methoden des Französischunterrichts unstrukturiert und basieren auf dem pädagogischen Prinzip des beiläufigen

Alltag nützliche Sprache erlernt werden soll, anstelle einer schwierigen Sprache, welche in Ton und Struktur weiter entfernt vom Schweizerdeutschen ist, aber dafür eine Sprache mit hohem kulturellem Wert darstellt. Englisch für den Alltag kann man wahrscheinlich in einem zweimonatigen Praktikum erlernen. Französisch und Deutsch verlangen dagegen einen viel strengeren Unterricht, denn die Struktur ist viel komplexer. Diese beiden Sprachen sind aber Träger der

Kantonale Hoheit behalten

Grundsätzlich ist es aber sicherlich eine richtige und beherzte Idee, Sprachaufenthalte zu fördern. Die Entscheide im Thurgau und in Nidwalden sind aber in den Augen vieler Westschweizer trotzdem bedauerlich und kritisierbar. Diese Kritik versucht nun leider die Regeln des Föderalismus umzukrempeln. Die Kantone müssen aber ihre (bereits beschränkte) Handlungsfreiheit im Bildungswesen behalten. Sie müssen die Hoheit behalten, wie sie ihre Ziele erreichen wollen und mit

welcher Priorität. Jene, welche heute mit einer Bundesintervention drohen, wären besser beraten, eine kritische Betrachtung der Methoden des Sprachunterrichts vorzunehmen.



von Grossrätin
Fabienne Despot,
Präsidentin SVP Waadt,
Vevey (VD)

Zustände wie in ausländischen Gesundheitssystemen?



Am 28. September

NEIN

zur Einheitskasse

www.einheitskasse-nein.ch

www.svp.ch



Es ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Die Volksinitiative „Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes“ verlangt, dass wir für unsere Lebensmittel überall gleich viel bezahlen, egal ob wir diese im Migros, im Restaurant oder im Take-away einkaufen. Ein Ja zur Gastro-Initiative beendet die heute bestehende Steuerungerechtigkeit und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft insbesondere in den Randregionen.

Ja zur Tourismusförderung

Heute fehlt der Gastronomie, immerhin unser Aushängeschild für den Tourismus, oft das Geld für umfassende Sanierungen. Mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative ist eine Finanzierung auf diesem Weg undenkbar, und die Banken sind alles andere



als hilfreich bei der Finanzierung. Eine Senkung der Mehrwertsteuer (MwSt) für die Gastronomie würde heissen, dass die Gastronomen dieses Geld direkt für die Erneuerung des Betriebes einsetzen können, anstatt auf staatliche Umverteilung wie touristische Fördergelder zu hoffen. Damit leistet ein Ja zur Initiative einen wesentlichen Beitrag zur direkten Tourismusförderung.

Ja zur Stärkung der Randregionen

Mit einem Ja zur Gastro-Initiative leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung von tausenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen, welche gerade in Randregionen bedroht sind. Denn gerade in diesen Gebieten ist die Gastronomie oftmals nicht nur der letzte Arbeitgeber, sondern auch meist der letzte verbleibende Lehrlings-Ausbildner. Ein Ja zur Initiative hilft somit Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und stärkt damit gerade unsere Randregionen.

Ja zum Erhalt des Stammtisches

Ein Ja wäre jedoch auch sozial und gesellschaftlich wertvoll, denn die Erhaltung eines Stammtisches in Bergdörfern, oft der letzte übrig gebliebene Treff- und Austauschort der weniger mobilen Bevölkerung, hilft auch den weiteren Anstieg von Gesundheits- und Sozialkosten in Grenzen zu halten und vermeidet eine Einrichtung von Begegnungsstätten auf Gemeindegeldern. Und es wäre auch ein ökologisches Bekenntnis, denn warum sollen die Gastronomen dafür bestraft werden, dass sie Mehrwegteller im Einsatz haben und den Abfall selbst entsorgen, während der Abfall der Take-Aways in der Öffentlichkeit, auf den Feldern der Bauern oder in den privaten Gärten auf Kosten der Steuerzahler entsorgt wird?

Ja zum Abbau steuerlicher Ungerechtigkeit und Bürokratie

Ein Ja zur Gastro-Initiative heisst Unter-

nehmertum stärken mittels Abbau von Bürokratie und Steuersenkungen und entspricht klar dem Parteiprogramm der SVP. Warum müssen sich Gastro-Betriebe mit der mühseligen Frage herumschlagen, ob die Wurst im Haus gegessen oder mitgenommen wird, und mit entsprechendem

«Mit einem Ja zur Gastro-Initiative leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung von tausenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen, welche gerade in Randregionen bedroht sind.»

VALERIE FAVRE ACCOLA

Steuersatz getippt werden muss? Dieser unsinnige bürokratische Aufwand gehört deshalb abgeschafft. Ein Ja zur Gastro-Initiative ist aber auch eine Frage der Gerechtigkeit - denn meine Jeans, egal ob in der Boutique gekauft oder bei Zalando bestellt, werden vom Staat auch nicht unterschiedlich besteuert. Oder kennen Sie verschiedene MwSt-Sätze, wenn Sie die Blumen für Ihre Freundin abholen oder anliefern lassen? Deshalb braucht es jetzt auch gleiche Mehrwertsteuersätze für das Gastgewerbe.



von Valérie Favre Accola,
Parteisekretärin SVP
Graubünden,
Davos (GR)



«Ich unterstütze die Gastro-Initiative, weil Lebensmittel überall gleich viel kosten sollten.»

BRUNO STUCKI, 27, LANDWIRT, WIMMIS (BE)

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch.



«Ich sehe eine Schweiz, die sich bewegt und ständig weiterentwickelt.»

Damit die Wirtschaft auch in ihrer ursprünglichsten Form erfolgreich gedeihen und sich entwickeln kann, bauen wir unsere Netzinfrastruktur ständig weiter aus. Dafür investieren wir allein in diesem Jahr 1,75 Mia. Franken. Mehr auf: www.swisscom.ch

Willkommen im Land der Möglichkeiten.